



Daseinsvorsorge sichern
**Mehr Personal
für die Stadt Wien**



Altersteilzeit
**Umsetzen - nicht
nur versprechen**



teamwork

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

1/2019



**Stark durch
Zusammenhalt!**

**„Wir sind der Garant
für Stabilität!“**



Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

STARK DURCH ZUSAMMENHALT:

- Erfahrung, auf die Sie zählen können!
- Einsatz, der Ergebnisse zeigt!
- Stärke, der Sie vertrauen dürfen!



Politik & Gewerkschaft

- 06 **Coverthema**
Christian Meidlinger & Norbert Pelzer im teamwork-Interview
- 10 **PV-Wahl 2019**
Mehr Personal für die wachsende Stadt

Hauptgruppe 1

- 12 **Respekt & Fairness**
„Was du nicht willst, dass man dir tu, ...“
- 14 **Sicherer Arbeitsplatz**
Schutz für KollegInnen im KundInnenverkehr
- 16 **Altersteilzeit**
Altersgerechte Arbeitszeit für alle
- 19 **PV-Wahl 2019**
Internes Arbeitsmarktservice jetzt!
- 21 **Jugend**
Zusammenhalt zahlt sich aus
- 22 **Behinderung**
Stark für Gleichstellung
- 23 **Frauen**
Frauen entscheiden diese Wahlen!
- 26 **Hauptgruppe 1**
MA 01 - gemeinsam durch stürmische Zeiten

Europa-Wahl

- 28 **Evelyn Regner**
„Klar gegen die Rechten!“

Meinung

- 31 **PV-Wahl 2019**
„Ich wähle, weil ...“
- 35 **Querraunzerin**
Was uns ausmacht

Liebe Kollegin, lieber Kollege,



BILD: © PETRA SPIOLA/HG1

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

schon aufgefallen? Was Du in Händen hältst, ist gewichtig. Die neue Nummer unserer Mitgliederzeitung mag nicht mehr Gramm als eine der vielen Ausgaben der Vergangenheit auf die Briefwaage bringen. Und doch: Sie ist sehr gewichtig. Denn in Zeiten wie diesen, in denen selbstverständliche Errungenschaften plötzlich wieder in Frage gestellt werden und bedroht sind, in solchen Zeiten sind Wahlen und die Teilnahme daran besonders essentiell. Um dieses – gewichtige – Thema dreht sich diese Ausgabe.

Aus gutem Grund: Von 14. bis 17. Mai finden im Magistrat die Personalvertretungs-, Gewerkschafts- und Behindertenvertrauenspersonenwahlen statt. Dazu findest Du ein ausführliches Doppelinterview mit „Yunion“-Vorsitzendem Christian Meidlinger und dem Vorsitzenden der Hauptgruppe 1, Norbert Pelzer, ab Seite 6.

Nicht minder gewichtig: Ende Mai wird das Europäische Parlament gewählt – und der diesmalige Wahlgang ist noch um ein gutes Maß gewichtiger als es EU-Wahlen ohnehin sind. Diese Wahl wird entscheiden, ob Europa weiter in Richtung Nationalismus driftet, oder ob ein Signal in die entgegengesetzte Richtung gesetzt wird. Auch damit beschäftigen wir uns in dieser Nummer, unter anderem in unserem Interview mit Evelyn Regner.

Wir beleuchten die Personalsituation in den Dienststellen, wobei hier ein Silberstreif am Horizont zu erkennen ist. Und wir widmen uns einem Thema, bei dem es keine einfachen Antworten gibt, sondern viele einzelne Schritte nötig sind, kleinere und größere: eskalierenden Situationen im Kundenverkehr. Wie geht man mit sich aufschaukelnden Emotionen um? Schließlich werden „Yunion“-Forderungen nach Altersteilzeit und internem Arbeitsmarktservice dargestellt (ab Seite 16).

Viel Lesestoff also, den Du hoffentlich verschlingen mögest. Bleibt mir, mich für Dein Interesse zu bedanken und noch einmal an Dich zu appellieren: Geh hin zu den Wahlen und gib eine Stimme ab.

Danke!

teamwork@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Norbert Pelzer **StV:** Manfred Obermüller, Margit Pollak **Redaktionskomitee:** Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Alexander Kautz, Marianne Klepac-Baur, Werner Krachler, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Norbert Pelzer, Margit Pollak, Melanie Orou, Richard Tiefenbacher, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfoto:** Stadt Wien; Renée Del Missier; Petra Spiola;

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

WIR FORDERN:

Die Weiterentwicklung
des bestehenden
Gehaltssystems!

STARK DURCH
ZUSAMMENHALT!



Wer nicht zur Wahl geht, schadet der Demokratie und ändert nichts. Mein persönliches Plädoyer fürs Wählen.

Wählen heißt, Zukunft zu gestalten!


BILD: © PETRA SPOLAJACI

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Ich war schockiert, als die Wahlbeteiligung in der Stadt Salzburg bekannt wurde: 48,2 Prozent. Nicht einmal jeder bzw. jede Zweite ist in der Stadt Salzburg zur Wahl gegangen! Im Bezirk Elisabethvorstadt sind es nur 29,15 Prozent gewesen. Wie ist es um die Demokratie bestellt? Geringe oder sinkende Wahlbeteiligung und Stimmenzuwächse der extremen Rechten in ganz Europa – Ungarn, Rumänien, Italien, Dänemark, Polen, Deutschland, Tschechien, Österreich – werden oft als Krise der Demokratie bezeichnet.

Nur eine Krise?

„Sie werden sich wundern, was alles möglich ist“, hat einst Norbert Hofer, heute Bundesminister, gesagt. Der Umbau Österreichs unter Türkis-Blau hat begonnen. 12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche, Sozialversicherungen, Sozialleistungen, Attacken auf den sozialen Wohnbau und vieles mehr.

Kein neues Biedermeier

Politik ist nichts Entkoppeltes, kein dubioses, unbekanntes Etwas. Politik ist nicht weit weg vom eigenen Leben. Wenn wir uns ins rein Private zurückziehen, dann erkennen wir die IST-Situation an. Nichtwählen ist pure Resignation. Und nicht nur das. Es ist auch unsolidarisch. Denn wir, die Wahlberechtigten, haben eine Verantwortung nicht nur für uns, sondern auch für unsere Familien, Kinder und Enkelkinder. Wir ArbeitnehmerInnen besitzen keine Mega-Konzerne,

keine Milliarden auf den Jungferninseln. Was wir besitzen, ist Solidarität.

Wir sind stark durch Zusammenhalt und diese Stärke müssen wir bei Wahlen auch zeigen. Wir haben uns das allgemeine, gleiche, geheime, persönliche Wahlrecht hart erkämpft. Das Recht, gestalten zu dürfen. Daher appelliere ich an alle: Bitte geht zur Wahl!

Das Wort Demokratie kommt von *dēmos* „Staatsvolk“ und *kratós* „Herrschaft“. Es ist die Herrschaft des Volkes. Wenn wir als Volk nicht mehr herrschen wollen, dann entsteht ein Vakuum, das von anderen gefüllt werden wird. Wer in der Demokratie einschläft, wacht in einer Diktatur auf.

Demokratie heißt Kompromisse schließen

Ein Gedanke noch zum Schluss: In den vergangenen Jahren ist der Ruf nach dem „starken Mann“ umso lauter geworden, je stärker Kompromisse in Misskredit geraten sind. Dabei ist ein Kompromiss der demokratische, friedfertige Ausgleich unterschiedlicher Meinungen. Er ist das gelebte Bekenntnis für ein aufeinander zugehen und einander akzeptieren – auch im Austragen unterschiedlicher Meinungen. Ein Kompromiss ist normalerweise nicht „faul“, sondern gelebte Demokratie. Es lebe der Kompromiss! Also: Geh' zur Wahl!

 manfred.obermueller@wien.gv.at

„Wir sind der Garant für Stabilität!“

Warum die FSG die gestaltende Kraft in der Personalvertretung und Gewerkschaft ist und die Stadt dringend neue Arbeitszeitmodelle braucht, erklären Norbert Pelzer und Christian Meidlinger im teamwork-Interview

mit Chefredakteurin **Karin Zauner-Lohmeyer**.



BILD: © PETRA SPOLLA/HGI

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

Christian, wenn Du heute durch Magistratsabteilungen gehst, welches Thema beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen am meisten?

Meidlinger: Nummer eins ist die Besoldungsreform. Wir sehen hier noch dringenden Handlungsbedarf. Wir müssen noch ein paar Berufsgruppen nachziehen. Da sind wir gerade dabei. Thema Nummer zwei ist die Arbeitszeit. Damit Wien eine attraktive Arbeitgeberin bleibt, braucht es auch zeitgemäße Arbeitszeitmodelle.

Was meinst Du konkret?

Meidlinger: Wir verlangen als Gewerkschaft, dass ältere Kolleginnen und Kollegen, die über Überlastungen klagen, aber noch nicht in die Pension gehen wollen, gleitend in den Ruhestand gehen können. Sie haben die Möglichkeit, ihr Wissen an die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger weiterzugeben.

Norbert Pelzer: Davon profitiert die Stadt immens. Es muss möglich sein, Personal parallel zu besetzen.

Warum sieht das die Dienstgeberin nicht ein?

Pelzer: Aus Kostengründen. Für die Vertragsbediensteten leistet das AMS ein Zubrot zur Altersteilzeit; für die Beamtinnen und Beamten jedoch nicht. Und die Stadt will das bis dato nicht bezahlen.

Meidlinger: Was die Dienstgeberin zusätzlich noch bedenken sollte: Nachbesetzungen dauern immens lange, oftmals über ein Jahr und länger. Das geht zu Lasten derer, die diese Lücke füllen müssen. Auch hier kommt es zu Überbelastungen, zu Ausfällen – auch das kostet.

Warum ist Euch das Thema Altersteilzeit ganz besonders wichtig?

Meidlinger: Wir werden in den nächsten zehn Jahren 40 Prozent des Aktivpersonals verlieren. Eine irre Summe! Wir müssen uns für die Zukunft viel besser aufstellen. Es geht dabei vor allem um Organisationsfragen und nicht so sehr um Geldfragen. Da sind die Führungskräfte gefordert. Wenn es der Handel schafft zu sagen, dass eine Vollzeitkraft einen Rechtsanspruch auf eine Vier-Tage-Woche, eine Teilzeitbeschäftigte auf eine Drei-Tage-Woche hat, dann glaube ich, dass wir nicht schlechter sein sollten als der Handel.

Soll das Arbeiten von Zuhause im Magistrat verstärkt möglich werden?

Pelzer: Momentan pilotieren wir in etlichen Dienststellen das „neue Arbeiten für Wien“, das disloziertes, tageweises Arbeiten zu Hause ermöglicht. Dazu haben wir Kernzeiten aufgelöst. Es funktioniert auf Basis einer Vereinbarung mit dem oder der Vorgesetzten und den MitarbeiterInnen. Wir sehen schon in der Pilotierungsphase, dass es jetzt höchste Zeit ist, ein Regelwerk einzuziehen und das Thema in gesetzliche Bahnen zu bringen.

Meidlinger: Und wir müssen aufpassen, dass disloziertes Arbeiten nicht auf eine kleine privilegierte Gruppe abzielt. Was für einen Juristen oder eine Juristin der Stadt möglich ist, weil er seinen Akt daheim machen kann, ist für den Müllaufleger nicht möglich. Der Jurist oder die Juristin hat in der Woche

„Wir haben Einsparungen im hohen dreistelligen Millionenbereich verhindert.“

Christian Meidlinger über „Wien neu denken“



BILD © HG17/RENEE DEL MISSIER

womöglich drei Stunden weniger Fahrzeit. Der Müllaufleger hat das nicht. Mit dieser Ungleichheit müssen wir uns beschäftigen.

Norbert, wie beschreibst Du die Kommunikation mit der Dienstgeberin?

Pelzer: Die war in Wien immer gut und ist gut. Das unterscheidet uns auch von vielen anderen Städten. Ich bin dankbar für einen guten Lohnabschluss, den eine starke Gewerkschaft und auf der anderen Seite eine weitsichtige Dienstgeberin erreicht hat.

Wie geht die Dienstgeberin mit der Forderung nach mehr Personal um?

Pelzer: Seit 1995 hat man die Dienstpostenpläne in den meisten Bereichen gedeckelt. Wir haben durch die Digitalisierung einen immensen Produktivitätszuwachs erzielt. Doch irgendwann reicht der Produktivitätszuwachs nicht mehr aus. Dieser Punkt ist in einigen Bereichen schon erreicht und von der Dienstgeberin

anerkannt. Es gibt zum Beispiel mehr Personal in der MA 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft, der MA 10 – Kindergärten und in der MA 40 – im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wir sehen, wo es weitere Ressourcen braucht, und verhandeln laufend.

Wenn wir über Personalressourcen und Sparen reden, dann fällt mir „Wien neu denken“ ein. In diesem Programm wurden über 100 „Reformvorschläge“ in Innovationsgruppen entwickelt.

Meidlinger: Ja, es gab bei „Wien neu denken“ Vorschläge wie mehrjährige Nulllohnrounden oder den Vorschlag, die KFA-Versicherung aufzulösen und vieles

mehr. Das alles hätte tiefe Einschnitte bei den Beschäftigten gebracht. Wir haben in mühsamsten Klein- und Kleinstverhandlungen in vielen, vielen Runden Einsparungen im hohen dreistelligen Millionenbereich verhindert. Das ist uns gelungen, weil wir eine starke Gewerkschaft sind und gemeinsam stark auftreten können.

Apropos Stärke: Wie schaut es mit der Mitgliederzahl der younion – Hauptgruppe 1 aus?

Pelzer: Wir wachsen Jahr für Jahr stetig, ein kleines Plus in jedem Jahr. In vielen Bereichen gibt es im Magistrat eine sehr hohe Organisationsdichte. Das ist großartig.

„Diese Regierung möge mir bitte zeigen, wo es besser läuft als bei uns in Wien.“

Norbert Pelzer

Zur Person

Christian Meidlinger

Geboren: 9. Oktober 1963 in Wien

Erlerner Beruf: Elektromechaniker, Absolvent des TGM für Berufstätige, Nachrichtentechnik u. Elektronik

Gewerkschaftliche Stationen (ein Auszug):

- von 1989-1994 Jugendreferent der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten
- ab 1994 Arbeitnehmerschutzreferent der GdG
- von 1999-2003 Leitender Referent der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten
- seit 1999 Mitglied im Bundespräsidium der GdG
- seit 2003 Vorsitzender-Stellvertreter der GdG und Mitglied im ÖGB-Bundesvorstand Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik im Europäischen Gewerkschaftsverband Öffentlicher Dienst (EGÖD)
- seit April 2006 geschäftsführender Bundesvorsitzender der GdG
- seit September 2006 Vorsitzender der GdG Landesgruppe Wien
- seit 24. Mai 2007 Vorsitzender der GdG, heute der younion _ Die Daseinsgewerkschaft gewählt

Wordrap

Bundesregierung: nicht auszuhalten

Sport: Schi fahren

Solidarität: Ein Wort, das wir leider viel zu viel erklären müssen, was es bedeutet

Familie: ganz, ganz wichtig

Vorbild: Rudi Böder, ehemaliger Vorsitzender der Gemeindebediensteten (mein Vor-Vor-Vor-Gänger)

Lieblingsbuch: Medicus (Noah Gordon)



BILD © HG1 / RENÉ DEL MISSIER

„Von der Bundesregierung gibt es keine einzige Maßnahme, die den Wienerinnen und Wienern gut tut.“

Christian Meidlinger

Christian, wenn Du jetzt einen jungen Kollegen oder eine Kollegin am Gang triffst, und Du willst ihn oder sie überreden, der Gewerkschaft beizutreten: Was sagst Du?

Meidlinger: Als Solidargemeinschaft können wir zusammen stärker auftreten und den Interessen der ArbeitnehmerInnen Gewicht verleihen. Wir verhandeln die Gehälter und bieten in der younion einen großartigen Rechtsschutz. Und bei uns kannst du dich einbringen. Manches Mal hilft auch ein Blick in die jüngere Geschichte, auf die vielen sozialen Errungenschaften.

Warum soll ich FSG wählen?

Meidlinger: Wir haben in der Personalvertretung und in der Gewerkschaft nahezu 80 Prozent inklusive der sozialdemokratischen Namenslisten. Das heißt, die FSG ist die Gewerkschaft – die FSG ist die Personalvertretung. Wir gestalten, wir verhandeln. Wir sind für die Kolleginnen und Kollegen da.

Pelzer: Wir sind der Garant für Stabilität, aber auch die Kraft und der Motor für Veränderungen zum Besseren für unsere Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen auch, wo es Probleme gibt, wo wir eine Personalsituation haben, die sehr kritisch ist.

Wenn Ihr auf die letzten fünf Jahre zurückblickt, auf was seid Ihr stolz?

Meidlinger: Auf ein neues Besoldungsrecht und rechtliche Verbesserungen, Zulagenzusammenführungen, und dass wir viele Umstrukturierungen gut begleiten konnten. Wir haben „Wien neu denken“ gut überlebt.

Pelzer: Die großen Themen hat Christian schon erwähnt. Stolz bin ich aber auch auf die umfassenden Beratungsleistungen, die wir anbieten: vom Kindergeld bis zum Familienbonus, von der Elternkarenz bis zur Pension. Und auf die Diversität im Team und in den Ausschüssen. Es gelingt uns immer besser, die Bediensteten der Stadt in Alter, Geschlecht und kultureller Vielfalt abzubilden.

Ist Wien in Europa nicht irgendwie das gallische Dorf der Daseinsvorsorge?

Meidlinger: Wir versuchen gemeinsam mit anderen Städten der Daseinsvorsorge einen Stellenwert zu geben und alles zu tun, dass sie in der öffentlichen Hand bleibt. Wir sind ein Best-Practice-Beispiel was das Wohnen betrifft, den öffentlichen Verkehr, die Kinderbetreuung, die Wasserversorgung und die Abfallwirtschaft. Wir haben eine günstige Jahreskarte für die

Wordrap

Bundesregierung: arbeitnehmerfeindlich
Sport: Rad fahren
Public Management: Warum sagen wir nicht öffentliche Verwaltung?
Wien ist für mich: meine Herzensstadt
Familie: Anker
Vorbild: habe ich keines
Lieblingsbuch: Der Name der Rose (Umberto Eco), Katz und Maus (Günter Grass)

Öffis und den Gratis-Kindergarten. Solche Maßnahmen sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schön, weil das gesamte Leben leistbarer wird. Da sind wir hervorragend unterwegs.

Pelzer: Und diese Regierung macht alles madig. Sie möge mir bitte zeigen, wo es besser läuft als bei uns in Wien.

Die Bundesregierung zeigt immer wieder mit dem Finger auf Wien und sagt: Warum gibt es in Wien keinen Gebührenstopp?

Meidlinger: Wir haben Unternehmen wie Wiener Wohnen, Müllabfuhr, Kanal, Wasserwerk – das sind Betriebe. Jetzt will ich Herrn Kurz und den Finanzminister fragen: Wo haben Sie einen Betrieb? Ihr habt keinen einzigen. Ihr braucht über Gebühren mit uns nicht zu diskutieren! Und wenn man meint, man kürzt Gebühren und die MitarbeiterInnen werden das schon schlucken – das geht gar nicht. Oder sollen wir kostenbedingt ein Kanalrohr nur dann tauschen, wenn es kaputt ist?

Pelzer: Noch besser: die Stromleitung! Tauschen wir doch nur noch die Stromleitung, wenn es den Verteiler zerreißt. Ups, jetzt ist ein ganzer Bezirk finster.

Viele Menschen in Österreich haben Zukunftsängste. Wie sehr bewegt Dich dieses Thema, Christian?

Meidlinger: Emotional sehr. Wir haben eine Spaltung zwischen denen, die besitzen und denen, die nicht besitzen. Wir haben ein Stadt-Land-Gefälle. Wir haben auch ein massives Bildungsgefälle. 50 Prozent der Arbeitslosen, vor allem auch



„Wir wissen auch, wo es Probleme gibt und wir eine Personalsituation haben, die sehr kritisch ist.“
Norbert Pelzer

BILD: © HG1/RENEE DEL MISSIER

die Jungen, haben keine Ausbildung und maximal Pflichtschulabschluss. Damit haben sie es ganz besonders schwer.

Was trägt die Bundesregierung zur Lösung dieser Bildungsprobleme bei?

Meidlinger: Die Bundesregierung streicht die Fördermaßnahmen für bildungsschwache Menschen. Ein Beispiel von vielen: Ab 2020 will das AMS nicht mehr die überbetriebliche Lehrlingsausbildung mitzahlen. Das Projekt ist damit tot. Wir haben zu Spitzenzeiten mehr als 4.000 Jugendliche in dieser Ausbildungsschiene gehabt. Die Alternative nun: Sie sind auf der Straße. Und wir geben ihnen das Gefühl, dass wir sie überhaupt nicht brauchen.

Agiert die Bundesregierung Wienfeindlich?

Meidlinger: Von der Bundesregierung gibt es keine einzige Maßnahme, die den Wienerinnen und Wienern gut tut. Das ärgert mich wirklich maßlos.

Habt Ihr schon einmal an Streik gedacht?

Meidlinger: Soweit sind wir in unseren Bereichen „Gott sei Dank“ noch nicht. Weil wir eine Dienstgeberin haben, mit

der wir Dinge sozialpartnerschaftlich gut vereinbaren können, und da ist halt Wien wirklich anders als der Bund.

Pelzer: Wir finden in der Wiener Politik sehr viele, die zuhören. Und das ist gut so.

teamwork@fsg-hg1.at

Zur Person

Norbert Pelzer

Geboren: 27. Juni 1961 in Wien

Ausbildung: AHS-Matura

Berufliche Stationen:

- von 1986-1994 Mitglied im DA Magistratische Bezirksämter
- seit 1998 Mitglied im DA Magistratsdirektion und MA 14
- seit 1998 Mitglied im Hauptausschuss der Hauptgruppe 1
- von 2008-2009 geschäftsführender Vorsitzender der Hauptgruppe 1
- seit 2010 Vorsitzender der Hauptgruppe 1

Mehr Personal - um die Daseinsvorsorge zu sichern!

Wir leben in der Stadt mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Das kommt nicht von ungefähr - die MitarbeiterInnen der Stadt Wien leisten tagtäglich einen entscheidenden Beitrag, damit die Daseinsvorsorge für die BürgerInnen gewährleistet ist.


BILD: © PETRA SPIGLA/HGT

Mag.^a Elisabeth Jarolim; DSAⁱⁿ
 Referentin
 Soziale Berufe
 Hauptgruppe 1

Wien wächst Jahr für Jahr – im nächsten Jahrzehnt voraussichtlich auf 2 Millionen EinwohnerInnen. Eine wachsende Stadt braucht mehr Wohnraum, mehr Infrastruktur, mehr Kindergärten, mehr Schulen genauso wie ein mehr an Verwaltung. Und darum auch mehr MitarbeiterInnen.

Zu Recht können wir WienerInnen auf international beachtete soziale Errungenschaften stolz sein: Auf das öffentliche, qualitativ äußerst hochwertige Sozial- und Gesundheitssystem zum Beispiel, auf – im Vergleich zu anderen Hauptstädten – leistbaren Wohnraum, auf den gerechten Zugang zu Bildungseinrichtungen, auf ein lebenswertes Umfeld in der Stadt.

Solides soziales Fundament erhalten

Wien schaut nicht weg bei Krankheit, Alter oder Armut, sondern fördert ein solidarisches Miteinander und starken sozialen Zusammenhalt in der Stadt, um allen WienerInnen ein gutes Leben zu ermöglichen. Das rasante Wachstum der Stadt erhöht jedoch den Druck auf die sozialstaatlichen Einrichtungen und deren MitarbeiterInnen enorm. Als Interessenvertretung sehen wir uns verpflichtet, die hohen sozialen Standards zu schützen und weiterzuentwickeln. Denn das quantitative Wachstum muss mit qualitativem Wachstum Hand in Hand gehen, wenn wir


BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / GAGLIARDIPHOTOGRAPHY

in Zukunft keine Abstriche bei der Lebensqualität machen wollen.

MitarbeiterInnen & Wissen aufstocken

Der Personalstand im Wiener Magistrat muss konsequent an die sich verändernden demographischen Gegebenheiten angepasst werden, um parallel mit der wachsenden Bevölkerungszahl mitzuwachsen. Außerdem kommen in den nächsten Jahren auch altersstrukturbedingte Veränderungen auf uns zu: Die Generation der Babyboomer geht in den Ruhestand bzw. in die Pension. Ohne zeitgerechten Wissenstransfer wird es zu massiven Wissensverlusten kommen, welche die Leistungsfähigkeit der Verwaltung beeinträchtigen könnten. Darum ist es wichtig, auch auf die Motivation sowie auf die Unterstützung der Gesundheit der DienstnehmerInnen zu achten. Vorausschauende, aktive Personalplanung in der Stadt muss

**„Wir können den Wind
nicht ändern, aber die
Segel anders setzen.“**

Aristoteles



BILD © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK / EKATERINA POKROVSKY

nicht nur die Dynamik am Arbeitsmarkt der Zukunft berücksichtigen, sondern genauso die Potenziale des eigenen Personals fördern und weiterentwickeln. Anerkennung und Wertschätzung der MitarbeiterInnen, aber auch angemessene Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz werden in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen, besonders um engagierte Nachwuchskräfte für die Verwaltung zu bekommen.

Die steigende Lebenserwartung verlangt zudem nach mehr qualifiziertem Personal in Pflege und Betreuung. Um hier nicht schon bald vor unüberwindbarer Personalknappheit zu stehen, müssen rasch entsprechende Ausbildungsplätze geschaffen werden. Denn die Lebenserwartung steigt auch dank der vorbildlichen Gesundheitsversorgung und des lebenswerten Umfelds in Wien.

Bereits viel erreicht ...

Personalvertretung und Gewerkschaft agieren für ihre Vertretenen immer am Puls der Zeit. Gemeinsam haben sie erreicht, dass einige Dienststellen auf den sich abzeichnenden Personalbedarf bereits reagiert haben. Seit 2014 wurden in der MA 40 beispielsweise insge-

samt 157 neue Dienstposten geschaffen. Auch der Personalvertretung der MA 35 ist es gelungen, dass alle freien Dienstposten nachbesetzt und zusätzliche Dienstposten geschaffen wurden, um die ständig steigende Arbeitsbelastung abzufedern.

Die wachsende Bevölkerungszahl hat auch die Anzahl der Rettungseinsätze ansteigen lassen. Den KollegInnen der MA 70 wurden nach eindringlichen Forderungen der dortigen Personalvertretung in einem ersten Schritt 80 neue Dienstposten zugesagt.

Das kann aber nur der Anfang sein. In den großen Feldern wie dem Bildungs- und Jugendbereich, im Bereich Gesundheit & Betreuung oder Wohnen & Infrastruktur ist noch viel zu tun, damit das Angebot der Stadt Wien der wachsenden Bevölkerung gerecht wird. Ihre PersonalvertreterInnen und Ihre GewerkschafterInnen werden sich weiter dafür einsetzen, dass sich die Dienstgeberin auch in Ihrer Dienststelle rechtzeitig um ausreichend Personal kümmert.



BILD © PETRA SPOLAHNY

Regina Müller
Frauenvorsitzende
Hauptgruppe 1

✉ elisabeth.jarolim@wien.gv.at
✉ regina.mueller@wien.gv.at

Für Sie erreicht:

- 157 neue Dienstposten → MA 40 - Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht
- 80 neue Dienstposten → MA 70 - Wiener Rettung
- 35 neue Dienstposten → MA 35 - Einwanderung und Staatsbürgerschaft
- 35 Dienstposten nachbesetzt → MA 35 - Einwanderung und Staatsbürgerschaft

**„Man merkt nie, was schon
getan wurde, man sieht immer
nur, was noch zu tun bleibt.“**

Marie Curie

„Was du nicht willst, dass man dir tu, ...“

Gewalt beginnt meist mit verbalen Beschimpfungen, Beleidigungen, Drohungen oder sexistischen Untergriffen. Ihre Ursache ist der fehlende Respekt vor dem Gegenüber.

Egal wo man hinschaut – die Gewalt nimmt überall zu. Im Schuljahr 2017/2018 wurden in Wien 278 SchülerInnen nach Gewaltdelikten von ihrer Schule suspendiert. Sogar in der Volksschule waren es im selben Zeitraum 47 SchülerInnen. Wir sprechen hier von Kindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren!

Wo die Familie als positives Vorbild im zwischenmenschlichen Miteinander leider immer öfter versagt, sind auch PädagogInnen aufgrund der geringen personellen Ausstattung den Anforderungen nicht immer gewachsen. Um die sozialen Herausforderungen im Schulbetrieb bewältigen zu können, braucht es mehr Personal und eine geringere SchülerInnenanzahl in den Klassen – und das nicht nur in den sogenannten Brennpunktschulen. Denn die Suspendierung von Kindern ist oft die einzige Maßnahme, mit der sich das pädagogische Personal Gehör für die Nöte verschaffen kann.

Es beginnt mit Worten ...

Auch Worte können verletzen. Sie werden oft gezielt als Speerspitzen eingesetzt, um andere zu erniedrigen. Durch die Abwertung anderer versuchen sich gerade Menschen mit geringerem Selbstwertgefühl selbst aufzuwerten.

... und kann dramatisch enden

Die täglichen verbalen Entgleisungen unserer VolkstretterInnen sind genauso wenig ein gutes Vorbild wie die zunehmende verbale und körperliche Gewalt



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / DAISY DAISY

in den Familien. Acht Frauen sind in den ersten acht Wochen des heurigen Jahres in Österreich einem Gewaltdelikt zum Opfer gefallen, ein Beamter wurde Opfer eines gewaltsamen Übergriffs an einer Behörden dienststelle. Und die Medien sind voll mit Meldungen dieser Art. Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Der Großteil spielt sich hinter verschlossenen Türen ab, in den Familien, aber auch zunehmend hinter den Türen der Amtsräume.

Respektloser Umgang mit MitarbeiterInnen

Das in so manchen Gazetten beliebte Beamten-Bashing bereitet den Boden dafür auf, dass KollegInnen des öffentlichen Dienstes immer öfter zum Freiwild für frustrierte Wutbürger werden. Die Dienstgeberin ist hier gefordert, rasch gezielte Maßnahmen zum Schutz ihrer MitarbeiterInnen zu ergreifen. Neben einer – längst überfälligen – positiven Imagekampagne zu den Leistungen der MitarbeiterInnen des Magistrats sind vor allem bauliche, in manchen Bereichen aber auch personelle Maßnahmen erforderlich. Denn respektloser Umgang unter KollegInnen, insbesondere ein demotivierender, herablassender Umgang von so manchen Vorgesetzten gegenüber ihren MitarbeiterInnen sind leider keine Seltenheit.

„Gesunder Egoismus ja, aber nicht ohne Rücksicht auf den Anderen.“

... das füg auch keinem andern zu!“



Rücksicht, Vorsicht, Nachsicht, Umsicht sind zu Fremdwörtern verkommen. In all diesen Begriffen geht es um das Sehen. Und das haben wir scheint es verlernt: die Sicht auf den anderen. Laut Wiktionary bedeutet Umsicht „das Beachten aller bedeutsamen Umstände, vorausschauendes Handeln“ – wäre das nicht ein lohnender Ansatz?

Achtsamkeit und Respekt

Verschiedene Meinungen nicht bekämpfen, sondern als Erweiterung der eigenen Perspektive zu betrachten, zu

Mobbing, Bullying und Bossing sind nicht nur Schlagwörter, sondern immer öfter grausame Realität in unseren Dienststellen.

Arbeitsbelastung verschärft den Umgangston

Der Stress nimmt zu und das Arbeitsklima leidet darunter. Wir brauchen Gegenkonzepte zur gesellschaftlichen Entwicklung der Individualisierung, des pragmatischen Egoismus nach dem Motto: „Wichtig ist nur, was mir nützt; was das für dich bedeutet, ist mir egal.“

respektieren und einfach nebeneinander stehen zu lassen. Toleranz nicht als negative Eigenschaft von sogenannten Gutmenschen zu verteufeln, sondern als wichtige Basis eines friedlichen Zusammenlebens zu sehen. Seien wir aufmerksam, wenn wir respektloses Verhalten beobachten und zwingen wir uns nicht ein Lächeln bei einem halblustigen Witz auf Kosten anderer ab. Aufmerksam sein, heißt aufzustehen und das Wort gegen Respektlosigkeit zu erheben.

Wertschätzung und Anerkennung

Die PersonalvertreterInnen der Sozialdemokratischen Fraktion werden sich in ihrer täglichen Arbeit immer gegen Diskriminierung und Ausgrenzung anderer stellen, sich um die Wertschätzung und Anerkennung aller bemühen. Sie werden sich auch in Zukunft für ein respektvolles Miteinander einsetzen und Vorgesetzte an ihre diesbezügliche Fürsorgepflicht nachdrücklich erinnern.

 felix.steiner@wien.gv.at



„Wie man in den Wald hineinruft, so kommt es auch zurück.“

Schutz für KollegInnen im KundInnenverkehr

Sicherheit wurde auch am Arbeitsplatz zum brisanten Thema. Vor allem KollegInnen mit Kundenkontakt können ein Lied davon singen. Mit speziellen Seminaren werden HG 1-Mitglieder unterstützt, in solchen Situationen adäquat zu reagieren.



BILD: © PETRA SPOLLA/NET

Kurt Mrzena-Merdinger
MBA 15, Fund-,
Melde- & Passwesen

Es scheint leider ein Trend unserer Zeit zu sein, dass die Hemmschwelle einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Menschen im Umgang mit anderen Mitmenschen stark gesunken ist. Immer mehr lassen immer öfter ihren Aggressionen mit Wutausbrüchen und Beschimpfungen freien Lauf. Diese Tatsache wird von vielen – vor allem jüngeren – KollegInnen, die im KundInnenservice der Stadt Wien tätig sind, beklagt. Verbalen Entgleisungen und Drohgebärden stehen sie oft ohnmächtig gegenüber.

Deeskalieren - aber wie?

Um die KollegInnen nicht alleine zu lassen, bieten wir seit heuer kostenlose Sicherheitstrainings an. Der Fokus der halbtägigen Seminare richtet sich darauf, in kritischen Situationen Wege zu finden, um die eigene körperliche Sicherheit zu gewährleisten. Denn die Art und Weise, wie uns manche KundInnen begegnen, können wir nicht ändern. Wir können jedoch die Bediensteten, die sich täglich um sämtliche Anliegen der KundInnen bemühen, dabei unterstützen, mit Konfliktsituationen richtig umzugehen, um keinen Schaden zu nehmen.

Unterstützung von KriminalexpertInnen

Erfahrene ExpertInnen aus dem Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos Fünfhaus unterstützen uns dabei, das subjektive Sicherheitsgefühl der TrainingsteilnehmerInnen zu verbessern. Fragen wie etwa

„Wie darf man sich gegen aggressive KundInnen zur Wehr setzen?“, „Mit welchen Methoden kann man Situationen deeskalieren?“ oder „Darf ich KundInnen bis zum Eintreffen der Polizei festhalten?“ werden detailliert beantwortet.

Praktische Tipps und Empfehlungen

Weitere Themen sind zum Beispiel die Einrichtung eines „Netalarms“, die Empfehlung, den Schreibtisch anzuschrauben, damit er von aggressiven KundInnen nicht verrückt werden kann, die Sensibilisierung der KollegInnen für lauter werdende KundInnengespräche, aber auch die effektive und effiziente Kooperation im Team. Ziel ist es, dass sich die KollegInnen im Fall des Falles sprachlich, aber auch körperlich klar abgrenzen und behaupten können.

Aufgrund der großen Nachfrage werden wir im Herbst weitere Sicherheitstrainings für unsere KollegInnen anbieten. Die Veranstaltungen werden je nach Bedarf mit den Dienststellen vereinbart werden und sind für alle Gewerkschaftsmitglieder kostenlos.

 kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Weitere Infos ...

für alle KollegInnen oder DienststellenleiterInnen, die an einem Sicherheitstraining in der eigenen Dienststelle interessiert sind:

Kurt Mrzena-Merdinger
t: 01 4000 15009
m: kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

„Es gibt kein Allheilmittel gegen Aggression - aber Wege, um mit ihr umzugehen.“

Recht auf Sicherheit

Ein sicherer Arbeitsplatz war früher wohl das Hauptmotiv, um im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Heute verstehen wir darunter etwas völlig anderes: Immer öfter haben wir – warum auch immer – mit aggressiven und gewaltbereiten Personen zu tun.



BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / DMITRY KALINOVSKY

Wie hoch das Risiko ist, es dienstlich mit einer potentiell gefährlichen Person zu tun zu haben, hat sich seit der Installierung einer Sicherheitsschleuse beim Verwaltungsgericht Wien gezeigt: Seit September 2014 müssen sich alle gerichtsfremden Personen beim Eingang einer Sicherheitskontrolle – vergleichbar mit jener auf einem Flughafen – unterziehen. Gefährliche Gegenstände werden dem Besitzer bzw. der Besitzerin während seines Aufenthalts im Gericht ab- und in Verwahrung genommen. Im Jahresschnitt wurden seither etwa 1.000 (im Jahr 2017 sogar beinahe 5.000!) Schusswaffen, Messer, Schlagstöcke und Ähnliches ins Verwaltungsgericht mitgebracht!

Waffenbesitz steigt

Natürlich ist nicht jede/r, die/der eine Waffe bei sich trägt, auch tatsächlich gefährlich. Aber es stimmt doch sehr nachdenklich, wie viele Menschen offensichtlich bewaffnet unterwegs sind. Vor allem sind nicht jedoch nur GerichtsmitarbeiterInnen, sondern

auch viele andere Bedienstete, die Aufgaben für die Allgemeinheit erledigen, immer öfter nicht nur mit rauen Umgangsformen in Gesprächen, sondern mit physischer Gewalt konfrontiert.

Aggressivität nimmt zu

Regelmäßig hört man von Angriffen auf „Parkraumsheriffs“, auch KollegInnen von der Rettung berichten vermehrt von Schwierigkeiten mit aggressiven PatientInnen bzw. deren Angehörigen. Selbst in Gesprächen mit MitarbeiterInnen aus den verschiedensten Dienststellen mit Parteienverkehr erfährt man immer öfter von Drohungen bis hin zum tatsächlichen Einsatz körperlicher Gewalt, wenn die Vorstellungen der KundInnen nicht oder nicht rasch genug erfüllt werden konnten.

Persönliche Sicherheit gewährleisten

Auch wenn wohl nicht jeder Zwischenfall vorhergesehen oder verhindert werden kann – es gibt viele Möglichkeiten, die persönliche Sicherheit der Bediensteten zu erhöhen. Mit Schulungen zu Deeskalation und bewusstem Umgang mit dem Thema „Gefahr“ zum Beispiel, mit Selbstverteidigungskursen, aber auch mit baulichen und organisatorischen Maßnahmen oder Alarmierungssystemen. Sie müssen nur auch rasch und zielgerichtet umgesetzt werden. Denn die Arbeit für die Stadt darf nicht zum persönlichen Risiko werden.

✉ maria.rotter@vgw.wien.gv.at



BILD © PETRA SPOLA/HGI

**Mag.ª Dr.ª
Maria Rotter**
DA-Vorsitzende
Verwaltungsgericht
Wien

„Arbeiten in der wachsenden Stadt darf nicht zum persönlichen Risiko werden.“

Altersgerechte Arbeitszeit für alle

Die Lebenserwartung steigt, aber auch die Arbeitsjahre bis zum Pensionsantritt werden mehr. Eine Reduzierung der Arbeitszeit in den letzten Jahren vor dem Ruhestand erhöht die Chancen, diesen gesünder verbringen zu können. Selbst für die Dienstgeberin bringt das Modell nur Vorteile.



BILD: © PETRA SPIDOLA/HGT

Günter Unger
 Bildungsreferent
 Hauptgruppe 1

Karl S., 60 Jahre, langjähriger Mitarbeiter in einem großen Medienhaus, hat mit seinem Dienstgeber eine Vereinbarung für die nächsten fünf Jahre abgeschlossen, um die Arbeitszeit zu reduzieren. Er wird künftig sein über die Jahre erworbenes Wissen in der Firma an Jüngere weitergeben und sich gleichzeitig vermehrt seinen privaten Verpflichtungen, seinen Interessen und Freunden widmen können.

Gertrude W., ebenfalls 60 Jahre alt, Mitarbeiterin bei der Stadt Wien seit mehr als 40 Jahren, hat diese Möglichkeit nicht. Im Gegenteil – der Arbeitsaufwand in ihrer Abteilung steigt ständig und sie muss auch noch Mehrleistungen erbringen. Sie hat betagte Eltern, die sie unterstützen möchte, aber auch muss. Damit bleibt ihr von ihrer Freizeit nicht mehr viel über.

Eine Altersteilzeitregelung für die Stadt Wien

Der Altersdurchschnitt in der Stadtverwaltung liegt bei über 45 Jahren, in den nächsten Jahren kommen die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter. Das sind jene Jahrgänge, die aufgrund der Verlängerung der Lebensarbeitszeit bereits einige Jahre länger ihren Dienst zu versehen haben werden. Und Jahr für

Vorteile für DienstnehmerInnen:

- gleitender Übergang vom Arbeitsalltag im Beruf in die Pension
- Möglichkeit, sein Wissen weiterzugeben
- höherer Bezug als bei „normaler“ Teilzeitarbeit

Vorteile für die Dienstgeberin:

- geringer Wissens- und Erfahrungsverlust durch organisierten Wissenstransfer
- sinnvoller Einsatz des Know-hows älterer ArbeitnehmerInnen
- zufriedenerer ArbeitnehmerInnen, da mit zunehmendem Alter lange Arbeitszeiten z.B. im Büro stärker belasten
- jüngeren ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden einen Arbeitsplatz zu ermöglichen

Jahr nehmen Druck und Geschwindigkeit am Arbeitsplatz zu.

Bei vielen KollegInnen machen sich spätestens mit 50+ zunehmend gesundheitliche Probleme bemerkbar. Regenerationszeiten dauern länger, und der permanente Zeitdruck, durch zum Beispiel die Einführung neuer EDV-Programme oder steigende KundInnenanforderungen, nimmt zu. Die rasant zunehmende Geschwindigkeit von Arbeitsabläufen und Prozessen macht der Babyboomergeneration mehr und mehr zu schaffen. Bei den Pensionsberatungsgesprächen in der Hauptgruppe 1 hören wir immer wieder, dass unsere KollegInnen noch gerne arbeiten würden – aber nicht unter diesem Druck und mit diesen Arbeitszeiten!

„Damit altersgerechtes Arbeiten mit weniger Druck und mehr Regenerationspausen kein leeres Versprechen bleibt.“

DienstnehmerInnen & Dienstgeberin profitieren

Viele haben einfach auch nur den Wunsch, mehr Zeit mit ihren EnkelIn zu verbringen. Oder sie wollen ihre Kinder entlasten, die noch mitten im stressigen Berufsleben stehen. Haben wir Ältere uns nicht auch immer gefreut, wenn unsere Eltern da waren, wenn die Kinder krank geworden sind oder Ferien hatten?

Das Gleitmodell der Altersteilzeit hat nicht nur den Vorteil, dass es sich positiv auf die Gesundheit und Work-Life-Balance der KollegInnen auswirkt. Auch die Dienstgeberin profitiert davon. Durch die Verringerung von Krankenständen zum Beispiel, wegen weniger Burn-Out-Erkrankungen, weniger Haltungsschäden durch langes Sitzen oder Folgeschäden aufgrund schwerer körperlicher Arbeit, da die Belastung sinkt. Außerdem wird durch die gezielte Reduzierung der Arbeitszeit vor dem Pensionsantritt das effektive Pensionsantrittsalter steigen.

Zusatznutzen: Wissensmanagement

Der langsame Ausstieg aus dem Berufsleben ermöglicht auch den effektiven Know-how-Transfer an die nächste Generation, mit einem Tutorensystem zum Beispiel. Ältere ArbeitnehmerInnen schulen NachfolgerInnen nicht mehr wie bisher binnen kürzester Zeit oder gar nicht ein, sondern die gezielte Weitergabe von Wissen an die nachfolgende Generation garantiert, dass wertvolle Erfahrungen nicht verloren gehen.

Das sind nur einige Gründe, die für eine Altersteilzeitregelung im Wiener Magistrat sprechen. Ihre Einführung wäre für alle Beteiligten eine Win-win-Situation.

Jedem Alter seine Arbeitszeit

Die in der Privatwirtschaft bereits geltende Altersteilzeitregelung ermöglicht älteren ArbeitnehmerInnen einen gleitenden, früher startenden Übergang in den Ruhestand. Frühestens fünf Jahre vor dem geltenden Regelpensionsalter kann mit der kontinuierlichen Reduzierung der Arbeitszeit begonnen werden. Das bedeutet, dass ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit zwischen 40 % und 60 % verringern können, aber weiterhin 70 % bis 80 % des bisherigen Einkommens erhalten.

Außerdem werden die Beiträge zur Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung vom Arbeitgeber weiterhin in der ursprünglichen Höhe entrichtet. Damit entstehen demjenigen, der sie in Anspruch nimmt, keine Nachteile bezüglich der Pensionshöhe oder des Arbeitslosengelds. Auch auf die Höhe der Abfertigung hat die Altersteilzeit keine Auswirkungen.


BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / NADASAKI

Wir fordern daher eine Altersteilzeitregelung – ohne Auswirkung auf die Pensionshöhe – bei der erfahrene KollegInnen ihr Know-how an die nächste Generation weitergeben können. Wir fordern ein Modell, das für BeamtInnen und Vertragsbedienstete gleich und für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Mehr als 10.000 KollegInnen könnten in den nächsten Jahren von dieser Regelung profitieren.

 guenter.unger@wien.gv.at
 margit.pollak@wien.gv.at


BILD: © PETRASPIOLA/IMG

Margit Pollak
 Vorsitzenden-
 Stellvertreterin
 Hauptgruppe 1

Unsere Forderungen für alle MitarbeiterInnen der Stadt:

- Altersteilzeitregelung
- besondere, befristete Arbeitsreduktionen
- einheitliche Regelungen für BeamtInnen und Vertragsbedienstete
- Rechtsanspruch für die Bediensteten
- Mitwirkungsrecht der Personalvertretung

FÜR SIE ERREICHT:

- Keine Null-Lohnrunde!
- Keine Personal-Einsparungen!
- Keine Ausgliederungen!

STARK DURCH
ZUSAMMENHALT!



Internes **Arbeitsmarkt-** **service jetzt!**

Auf gut Glück? Das ist zu wenig. Wer sich innerhalb des Wiener Magistrats beruflich verändern möchte, soll beraten und begleitet werden.

Eine „attraktive Arbeitgeberin“ mit breitem Leistungsspektrum: So wirbt die Wiener Stadtverwaltung mit der Vielfalt an beruflichen Möglichkeiten. Damit auch MitarbeiterInnen diese ausschöpfen können, müsste sie aber auch Karriere-, Entwicklungs-, Aufstiegs- oder Umstiegsmöglichkeiten anbieten.

Viele KollegInnen im Magistrat suchen nach einigen Jahren neue Herausforderungen und sind bereit, die Dienststelle zu wechseln. Das ist normal, wichtig und gut so! Doch leicht haben sie es dabei nicht. Es ist eine Suche auf „gut Glück“. Oft wenden sie sich dazu an DienststellenleiterInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen. Ob eine berufliche Veränderung gelingt, hängt häufig vom Zufall ab, denn die KollegInnen sind weitgehend auf sich allein gestellt.

Berufliche Entwicklung ermöglichen

Und genau an dieser Stelle wird ein großes organisatorisches Defizit der Dienstgeberin sichtbar: Die Stadt Wien, bei der mehr als 60.000 Personen beschäftigt sind (inklusive Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen, Wien Kanal), hat keine zentrale Stelle, an die sich Bedienstete wenden können, um einen Überblick über aktuell in Frage kommende Jobangebote zu bekommen. Die KollegInnen wünschen sich außerdem eine persönliche, kompetente und vertrauliche Beratung über notwendige Formalqualifikationen, Zugangsvoraussetzungen und Perspektiven. Die elektronische Jobbörse kann das nicht leisten.

Freude an der Arbeit

Letztendlich wäre diese Stelle eine Win-win-Situation für beide Seiten: Die KollegInnen können sich weiterentwickeln, die Dienstgeberin profitiert vom Erfahrungszuwachs der MitarbeiterInnen. Deshalb fordert die HG 1 vehement ein internes Arbeitsmarktservice. Wir sind überzeugt, dass der Bedarf an dieser Einrichtung in den kommenden Jahren steigen wird, allein schon vor dem Hintergrund des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM).

Durch dieses Programm könnten auch gesundheitlich eingeschränkte, aber durchaus noch dienstfähige KollegInnen bei der Suche nach einer passenden Verwendung unterstützt werden. Im Endausbau soll es sich aus unserer Sicht nicht nur auf Kernmagistrat und den KAV beschränken, sondern sämtliche Unternehmungen der Stadt Wien umfassen, an denen die Stadt Wien beteiligt ist.



BILD © PETRA SPOLA/HG1

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

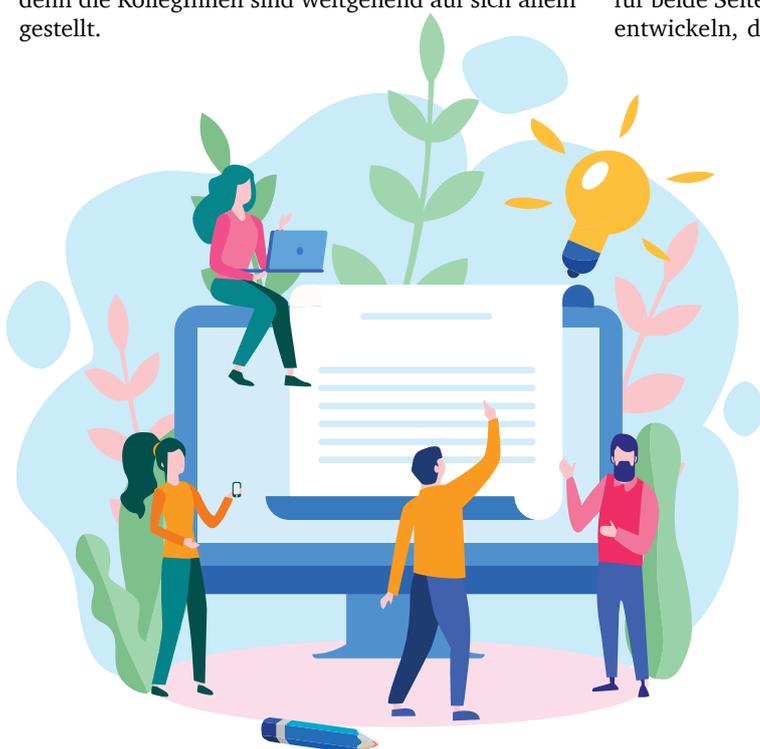


BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / KACHKA

Gesunder Arbeitsplatz – nicht nur ein Schlagwort

Großer Stress, stundenlanges Sitzen, einseitige körperliche Tätigkeiten – die Belastungen am Arbeitsplatz verlangen unserer Gesundheit so einiges ab. Bewegung, aber auch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen helfen, gegenzusteuern.



Rund 55.000 Stunden verbringen MitarbeiterInnen in einem Büro in ihrem Arbeitsleben sitzend vor dem Bildschirm. Rückenprobleme, Nackenschmerzen, oft auch Darmträgheit und Augenprobleme sind die Folge. Das Sanatorium Hera unterstützt die Stadt Wien dabei, Krankheiten am Arbeitsplatz vorzubeugen und die Gesundheit der

MitarbeiterInnen zu stärken. Für die und mit den Dienststellen werden konkrete Maßnahmen für einen gesunden Arbeitsplatz entwickelt, um das Wohlbefinden der Bediensteten am Arbeitsplatz zu verbessern und ihre Gesundheit langfristig zu erhalten.

Neben spezifischen Aktionstagen, Vorträgen oder Workshops – in Absprache mit den Dienststellen auch direkt am Arbeitsplatz – werden Gesundheitstage mit Angeboten rund um die Themen Herzinfarktrisiko, ergonomischer Arbeitsplatz, Ernährung, Raucherentwöhnung sowie Stress- und Burnout je nach Bedarf geplant und gestaltet, um die Gesundheitskompetenz der MitarbeiterInnen zu stärken.



BILD © SANATORIUM HERA

Ärztliche Leitung des Gesundheits- und Vorsorgezentrum: v.l.n.r. OÄ. Dr.ⁱⁿ Sonja Nistler MPH, Prim. Priv.-Doz. Dr. Robert Winker, Dr.ⁱⁿ Evelyne Wohlschläger-Krenn

Tipps für den gesunden Arbeitsplatz

- **BEWEGUNG:** öfter einmal persönlich zur/m Kollegin/en gehen, anstatt anzurufen oder ein E-Mail zu schreiben
- **ERNÄHRUNG:** Obst und Gemüse als Energie-Kick zwischendurch nutzen
- **GETRÄNKE:** viel Wasser oder Tee trinken; Kaffee & Limonaden vermeiden
- **PAUSEN:** kurze Zwischenpausen machen produktiver
- **LUFT:** regelmäßig lüften nicht vergessen
- **BILDSCHIRM:** der Abstand zum Monitor sollte rund 80 Zentimeter betragen

Vorsorgeuntersuchungen auch am Arbeitsplatz

Auch Vorsorgeuntersuchungen können seit 2013 nicht nur im Gesundheits- und Vorsorgezentrum im Sanatorium Hera, sondern direkt am Arbeitsplatz durchgeführt werden. Damit wird den Bediensteten ein niederschwelliger Zugang zu präventiven Leistungen ermöglicht.

Psychosoziales Screening

Konzentration, Leistungsfähigkeit, Reaktionsgeschwindigkeit – die steigenden Anforderungen belasten auch die psychische Gesundheit. Im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung oder auch anonym online auf der Homepage der Stadt Wien kann ganz unkompliziert ein psychosoziales Screening in Anspruch genommen werden. Bei Problemen und Auffälligkeiten werden vielfältige, speziell zugeschnittene Betreuungsangebote in der Stressambulanz vermittelt, um auch in schwierigen Situationen rasch und optimal zu unterstützen.

 gesundheitszentrum@hera.co.at

Zusammenhalt zahlt sich aus!

2018 war ein erfolgreiches Jahr für alle Jugendlichen, die bei der Stadt Wien arbeiten - denn wir haben viel für sie erreicht. Damit wir auch in Zukunft ihre Interessen durchsetzen können, brauchen wir jede Stimme.



1.R.v.l.n.r.: Marcel Brandstetter (KAV), Janine Skof (MA 40), Nicolai Wohlmuth (Jugendbüro), Melanie Orou (MBA 16)

2.R.v.l.n.r.: Marc Woller (MA 6), Richard Tiefenbacher (Jugendbüro), Petrisa-Bianca Wolf (Wiener Wohnen), Alexander Madejski (MA 25)

Dank der großen Unterstützung unserer Mitglieder und FunktionärInnen haben wir es geschafft: Die Regierung wird ihr Vorhaben „Jugendvertrauensrat abschaffen“ aus dem Regierungsprogramm streichen, die Vertretung für unsere Lehrlinge bleibt bestehen. Außerdem hat die Young union in einem langen, zähen Kampf auch zwei freie Tage für alle Lehrlinge der Stadt Wien durchgesetzt: Ab nun haben Lehrlinge am 24. Dezember sowie am 31. Dezember dienstfrei.

Wir wollen mehr!

„Fight for Rights – Wir kämpfen für unsere Zukunft“ war das Motto unserer Landes- und Bundesjugendkonferenz im Oktober letzten Jahres. Neben der Wahl der Vorstände für die kommenden zwei Jahre wurden vor allem unsere Forderungen für die nächste Periode präsentiert. Ganz oben auf

unserer Liste steht ein Ausgleich für die massiv gestiegenen physischen und psychischen Anforderungen am Arbeitsplatz durch eine pauschalierte Zulage in der Höhe von 20 % der allgemeinen Dienstzulage ab dem ersten Lehrjahr.

Außerdem fordern wir eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich sowie entsprechendem Personalausgleich. Denn ausreichende Regenerationszeiten, zum Beispiel für Sport und Freizeit, für Familie und Freunde, aber auch für soziales Engagement beugen Überlastung vor und fördern langfristig die Gesundheit. Vor allem werden dadurch aber auch weitere Arbeitsplätze für die Jugend möglich.

Jede Stimme zählt!

Um das zu erreichen benötigen wir deine Unterstützung – denn jede Stimme zählt!

Wir haben in Österreich das große Glück – und es ist ein Privileg –, schon ab dem 16. Lebensjahr mitbestimmen und wählen zu können. Dieses Privileg müssen wir aber auch nutzen. Von anderen nur permanent etwas fordern, aber selbst nicht einmal wählen zu gehen, ist billig. Mach von deinem Stimmrecht Gebrauch und geh' wählen!

📧 melanie.orou@wien.gv.at
 📧 alexander.madejski@wien.gv.at

„Zwei freie Tage für alle Lehrlinge der Stadt Wien durchgesetzt!“

Stark für Gleichstellung

In der HG 1 setzen sich rund 50 Behindertenvertrauenspersonen (BVP) für die Gleichstellung von ca. 1.000 KollegInnen mit Behinderungen im Wiener Magistrat ein.



BILD: © MGT/RENEE DELMESTER

Dienststellenausschuss-Team: (1.R.v.l.n.r.) Michael Rautner (MA 42), Mag. Andreas Walch (UBSB), Mag.^a Gabriele Karoh (MA 13), Mag.^a Ruth Kaltenbacher (WPPA), Mag. Harald Castek (MA 5), Roman Amri (MA 63), Ingo Hofer (MA 70), Gottfried Maier (MA 46), Annemarie Heuchl (WRW); (2.R.v.l.n.r.) Reinhard Kosa (Wien Kanal), Sylvia Gärtner (MA 40), Wilhelm Schreiner (Wien Museum), Peter Rauch (MA 25), Michael Takats (MA 45), Nicole Marchart-Rauscher (MA 68); (3.R.v.l.n.r.) Claudia Gigler (MA 70), Sladjana Lilic (MA 10), Richard Taurok (MA 45), Sabine Mauritz (MA 10), Radl Bernhard (MA 37), Karin Kunz (MBA 1/8), Bettina-Silvia Kūbast (MA 67), Werner Gaul (MA 22), Rainer Flandorfer (MA 6), Astrid Stohl (MA 10), Peter Müller (MA 59), DI Christian Harald Rück (WRW), Robert Reicher (MA 56); (Nicht im Bild) Peter-Manuel Menzinger (MA 35), Claudia Kraut (MA 35), Jessika Drescher (MA 6), Thomas Mellitzer (MA 6), Stefan Sroufek (MA 51), Helmut Kovarik (MA 46), Andrea Weiss (WRW), Maria Pepl (MA 40), Martin Schwarzer (MA 59), Mag. (FH) Thomas Fröhlich (MA 15), Gertrude Petsch (MA 11), Christian Csenar (MA 34), Sabine Grün (MA 34), Rudolf Seiler (MA 01), Boris Wotruba (MA 01), Christoph Blieweis (MA 01), Markus Mayer (MA 01), Sandra Birsak (MA 28), Mag.^a Lilly Stöger (MA 11)

Der Gesetzgeber schreibt eine Gleichstellung aller MitarbeiterInnen in einem Unternehmen vor – was allerdings oft mit Gleichbehandlung verwechselt wird. Zur Gleichstellung von MitarbeiterInnen mit Behinderungen müssen nämlich erst gleiche Möglichkeiten geschaffen werden. Dazu zählen zum Beispiel bauliche Barrierefreiheit, technische Hilfsmittelausstattung am Arbeitsplatz, adaptierte Aus- und Weiterbildungen oder Internetangebote im „Leichter Lesen“-Format. Gleichstellungsmaßnahmen sind je nach Art der Behinderung verschieden auszuführen.

Best practice

Ein gutes Beispiel für einen Schritt in Richtung Gleichstellung ist die Installation einer Videokonferenz-Software mit dazugehöriger Webcam für gehörlose KollegInnen in der MA 6, die es den KollegInnen erlaubt, in Gebärdensprache miteinander zu kommunizieren. Nach erfolgter Implementierung des Telefonkonzepts 2020 wird diese Software allen

gehörlosen KollegInnen in der Stadt Wien zur Verfügung stehen.

Digitalisierung als Chance

Dem neuen Wiener Bedienstetengesetz entsprechend haben wir mit der Dienstgeberin vereinbart, auch weiterhin Menschen mit Behinderungen aufzunehmen, welche am Arbeitsmarkt nur schwer eine Anstellung finden. Diese Aktion ist allerdings auf die Beschäftigung von 700 MitarbeiterInnen beschränkt. Die Digitalisierung und der technische Fortschritt schaffen aber immer neue Möglichkeiten für Gleichstellungsmaßnahmen bei der Stadt Wien.

Zu den größten Hindernissen für Gleichstellung im Wiener Magistrat zählen der fehlende Arbeitsmarkt, Vorurteile gegenüber KollegInnen mit Behinderungen und vor allem fehlende budgetäre Mittel. Aus- und Weiterbildungen bei der Wien Akademie können bis heute nicht barrierefrei besucht werden.

Frauen entscheiden diese Wahlen!

Rund 56 % aller Bediensteten innerhalb der Hauptgruppe 1 sind Frauen. Wir haben es also in der Hand, wie unsere Arbeitswelt in Zukunft aussieht. Wahlen sind die Chance, aktiv mitzugestalten!

Egal ob Sie zufrieden oder unzufrieden sind – machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Denn wer auf seine Stimmabgabe verzichtet, sagt der Dienstgeberin klipp und klar: Es ist gar nicht nötig, dass jemand auf meine MitarbeiterInnenrechte schaut. Egal wem Sie vertrauen: Wählen Sie Ihre Vertretung für die kommenden fünf Jahre. Diese wird sich dafür einsetzen, die Arbeitswelt im Sinne der Bediensteten mitzugestalten, die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld weiterzuentwickeln. Personalvertretung und Gewerkschaft brauchen dazu die Stimmen so vieler MitarbeiterInnen wie möglich – um mit entsprechendem Nachdruck verhandeln zu können. Mit Ihrer Stimme sagen Sie JA zur Demokratie, JA zur Mitgestaltung in Ihrer Dienststelle und JA zu einer fairen Arbeitswelt für alle.

Frauenrechte wichtiger denn je!

Frauen sind keine Bittstellerinnen, sie machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus und müssen sich nicht mit weniger als der Hälfte zufrieden geben. Wenn sich das Frauenbild so mancher nun zwischen Brutpflege und schützenswertem Opfer bewegt, ist

es höchste Zeit aufzustehen. Wenn hart erkämpfte Frauenrechte von verantwortlichen PolitikerInnen in Frage gestellt und untergraben werden, dann heißt es, Widerstand zu leisten. Und klar zu sagen: Das will ich nicht! Weder für mich, noch für meine Familie oder für meine KollegInnen. Wir wollen unsere hart erkämpften Rechte behalten, und wir wollen endlich Gleichstellung im Alltag und in der Arbeitswelt!

Denn Simone de Beauvoir hat es einmal treffend auf den Punkt gebracht: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.“

Die Zukunft selbst in die Hand nehmen

Wir Frauen müssen von unserem Wahlrecht Gebrauch machen. Denn gemeinsam ist man stärker. Bei der Stadt Wien gibt es (noch) eine gut funktionierende SozialpartnerInnenschaft. Damit das so bleibt, braucht die MitarbeiterInnenvertretung – die Frauenabteilung der Hauptgruppe 1 – Ihre Unterstützung und Ihre Stimme.

Stark durch Zusammenhalt!

Gehen Sie zur Personalvertretungs-, Behindertenvertrauenspersonen- und Gewerkschaftswahl: 14.–17. Mai 2019. Nur gemeinsam können wir ArbeitnehmerInnen unseren Forderungen Gewicht verleihen.

 regina.mueller@wien.gv.at

„Solange mehrheitlich Männer darüber entscheiden, was für Frauen, Kinder und sie selbst gut ist, wird es die erforderlichen substanziellen Quantensprünge nicht geben.“

Johanna Dohnal



BILD © PETRA SPOLA/HGT

Regina Müller
Frauenvorsitzende
Hauptgruppe 1



BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / DAMIR SENCAR

Beeindruckend!

Zahlen, Daten, Fakten zur Personalvertretungs- & Gewerkschaftswahl
sowie zur Behindertenvertrauenspersonenwahl 2019

Vom 14. bis 17. Mai 2019 für die Hauptgruppe 1 im Einsatz:



ca. **660**

Personen
(ohne Wahlbüro der HG 1)

111

Wahl-Kommissionen

ca. **200**

Notizblöcke

76

Laptops

rd. **720**

Wahllokale

ca. **130**

Heftmaschinen

142.900

Stimmzettel & Kuverts



ca. **700**

Kugelschreiber

ca. **1000**

Gummiringe



Echt gut!

„Ziel muss es doch sein, Existenz und Chancen zu sichern, nicht Leute weiter in den Abgrund zu treiben.“

Österreichische Armutskonferenz
zum vorgelegten „Sozialhilfegesetz“ der
Bundesregierung

„Der Gesetzesentwurf der Regierung strahlt so viel soziale Kälte aus, dass man ihn nur mit dicken Handschuhen anfassen sollte, um sich keine Erfrierungen an den Fingern zu holen.“

Alexander Pollak, SOS Mitmensch
zum in Begutachtung befindlichen Sozialhilfe-
Gesetzesentwurf

Echt böse!

„Ich muss nicht Wärme ausstrahlen. Ich bin die Wärme, weil mir die Menschen wichtig sind.“

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein
ORF-Presserstunde

„Denn ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht.“

Innenminister Herbert Kickl
ORF-Report

Post aus Brüssel



Mein Büro ist in Europa

Wie es so ist, in Brüssel zu arbeiten, werde ich oft gefragt. Also, das geht so: Mein Büro ist das „Wien-Haus“. Wir sind die am weitesten entfernte Dienststelle der Stadt Wien, vom Rathaus aus betrachtet. Und wir sind natürlich die einzige im Ausland – ganz offiziell als „Verbindungsbüro der Stadt Wien zur EU“. Das zeigt sich in unserem Alltag. Wir sind mit einer Standleitung der MA 14/MA 01 nach Wien verbunden, haben das WLAN des Magistrats, auch unsere Türglocke sieht genauso aus wie die in den „MA's“. Den Wein für Veranstaltungen kaufen wir beim Weingut der Stadt Wien, beim Cobenzl der MA 49. Und wir verteilen auch gerne das Stadtmagazin „wien.at“ der MA 53, genauso wie die vielen spannenden Publikationen der Fachabteilungen der Stadt. Neulich erst erhielten wir den sehr schönen Band „Wien von oben“ der MA 18 – das sind wirklich tolle Bilder. Unsere Fahrradständer haben wir von der MA 28 bekommen, und in unserem Garten steht sogar ein kleiner Hund mit dem Sackerl von der MA 48. Die Bilder, die bei uns im Haus hängen, sind Fotos aus dem Nachlass von Harry Weber, ausgesucht mit der MA 7, mit vielen Alltagsszenen aus der Donaumetropole. So viel Wien in Brüssel hilft natürlich bei unserem Hauptgeschäft, der „kommunalen Interessenvertretung in der EU“. Und es hilft natürlich auch gegen Heimweh.

Michaela Kauer, MBA
Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien
in Brüssel

MA 01 - gemeinsam durch stürmische Zeiten

Bei der Re-Organisation ganzer Aufgabenbereiche ist es für MitarbeiterInnen besonders wichtig, erfahrene PersonalvertreterInnen an der Seite zu haben. Als Fels in der Brandung, wenn Strukturen und Prozesse komplett neu gestaltet werden.

Auch die Stadt Wien muss sich auf die Digitalisierung der Arbeitswelt vorbereiten, ihre IT weiter entwickeln, um mit den künftigen Anforderungen Schritt halten zu können. Für die MitarbeiterInnen der MA 14, KAV-IT und AKH-DTI hieß das in den letzten Jahren aber nicht nur, mit regelmäßiger Weiterbildung am rasanten technischen Fortschritt dran zu bleiben. Mit der Zusammenlegung der drei Dienststellen zur MA 01 hatten die KollegInnen auch noch die gänzliche Neuorganisation aller Arbeitsbereiche zu stemmen. Bei mehr als 1.000 Personen keine Kleinigkeit. Denn die reibungslose IT-Versorgung aller anderen Dienststellen musste zu jeder Minute gewährleistet sein.

Starke, verlässliche Vertretung

Als Anwalt der MitarbeiterInnen achtete die Personalvertretung darauf, dass die Unsicherheit und Mehrbelastung während des Change-Prozesses im Rahmen blieb – vor allem aber, dass die Gründung der MA 01 für niemanden zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führte. Sie beharrte auf dem „Günstigkeitsprinzip“, welches bei der Zusammenführung von Betriebsvereinbarungen die Schlechterstellung von MitarbeiterInnen verhindert.

Digitalisierung braucht mehr Personal

Synergien nutzen ist das dezidierte Ziel jeder Umstrukturierung. Synergien nutzen kann aber nicht heißen, frei werdende Posten nicht nachzubesetzen. In den kommenden 5 Jahren werden rund 200


BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / S/FIO CRACHIO

Personen in Ruhestand bzw. Pension gehen. Parallel steigen die Anforderungen an die MA 01 aufgrund von Digitalisierung, Datenschutz und vielem mehr massiv. Unter dem Motto „Eigenleistung vor Fremdleistung“ fordert die Personalvertretung darum ein vorausschauendes Personalkonzept von der Dienstgeberin.

Lehrlinge sind unsere Zukunft

Es braucht faire Förderungen, Vorreitungen und Beförderungen, aber auch die adäquate Übernahme von Lehrlingen in unsere Dienststelle. Denn es ist Ressourcenverschwendung, wenn Lehrlinge, die mit internem Know-how aufgebaut wurden, nicht dort eingesetzt werden, wo sie auch ausgebildet wurden. Engagierte, motivierte Lehrlinge sind unsere Zukunft – die Personalvertretung fordert eine Garantie für ihre Anstellung nach dem erfolgreichen Lehrabschluss in der MA 01.

**„Mit Weitblick durch
große Veränderungen.“**

Kurswechsel für ein soziales Europa!

Es läuft einiges schief in Europa. Konservative und liberale Parteien, unterstützt von rechtspopulistischen Kräften, zementieren Konzernmacht und Ungleichheit weiter ein. Das schadet den ArbeitnehmerInnen.

Das in ganz Europa forcierte neoliberale Wirtschaftsmodell verursacht eine unheilvolle soziale Schieflage in der Union – es verhindert eine gerechte, demokratische und soziale Politik, die sich um den Wohlstand aller anstatt um den Reichtum einiger weniger kümmert. Es unterstützt internationale Großkonzerne und Superreiche dabei, weniger Steuern zu zahlen als jeder Durchschnittsverdiener in Österreich. Reiche werden immer reicher – die neueste Oxfam-Studie spricht davon, dass die acht reichsten Milliardäre mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Man braucht kein Ökonom zu sein, um zu erkennen: Da läuft etwas falsch.



BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / WLADY4

ArbeitnehmerInnen zahlen drauf

Die unheilige Allianz aus Konservativen/Liberalen und Rechtspopulisten auf EU- als auch auf nationaler Ebene verfestigt diese Politik. Die einen bekommen ihren Neoliberalismus, die anderen ihren Rassismus und ihre Fremdenfeindlichkeit. Die Verlierer sind die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien. Darum wollen wir ein Europa, das Verantwortung übernimmt, transparente Entscheidungen trifft, Lasten gerecht verteilt

und seine BürgerInnen ernst nimmt. Die europäische Politik muss sich wieder nach den Bedürfnissen der Menschen orientieren und Mindeststandards für soziale Grundrechte, Löhne, Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherungssysteme sowie Mitbestimmung garantieren.

Sozialunion

Während Gewerkschaften seit Jahren für eine sozialere EU kämpfen, versuchen viele konservative und liberale Politiker die EU zur Schwächung des Sozialstaats und für die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zu nutzen. Die Liberalisierung des Wassers konnte von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft nur mit Mühe verhindert werden. Wir setzen uns für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen ein genauso wie für leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Um diese zu finanzieren, braucht es endlich Steuergerechtigkeit. Allein Österreich entgehen aufgrund unlauterer Praktiken und Steuerschlupflöchern jährlich rund 12,9 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Ihre GewerkschaftskandidatInnen

Bei der Europawahl am 26. Mai geht es um eine Richtungsentscheidung. Die EU-BürgerInnen entscheiden, ob sich in Europa etwas verändern soll. Die Abgeordnete Evelyn Regner und ich wollen die konservativ/liberale Mehrheit im EU-Parlament endlich brechen, damit die ArbeitnehmerInneninteressen wieder in den Mittelpunkt rücken.

 thomas.kattnig@younion.at



BILD © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Bereichsleitung
Internationales,
EU und Daseinsvor-
sorge in der younion

**„Weil es nicht egal ist, wer im
Europäischen Parlament sitzt.“**

„Ich stelle mich ganz klar gegen die Rechten!“

Warum die EU-Wahl eine Richtungsentscheidung ist und was es braucht, um Europa gerechter zu gestalten, erklärt Evelyn Regner im teamwork-Interview.

Am 26. Mai werden die Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Dieses Jahr wird die Wahl oft als besonders wichtig bezeichnet. Wie sehen Sie das?

Bei den EU-Wahlen dieses Jahr geht es um eine wirkliche Richtungsentscheidung. Mit dem Brexit verlässt zum ersten Mal ein Mitgliedsland die Europäische Union, nationale Egoismen verhindern immer öfter, dass wir auf EU-Ebene vernünftige Lösungen erzielen. Das ist ein großes Problem, denn viele Herausforderungen können wir nur gemeinsam angehen. Ich will, dass die Menschen in Europa ein gutes Leben führen können, das heißt fair bezahlte Jobs haben, ohne Existenzängste und gleichberechtigt leben können. Dafür können wir im EU-Parlament Gesetze auf den Weg bringen und deshalb macht es einen Riesенunterschied, wer verhandelt, wer im EU-Parlament sitzt. Es macht einen Unterschied, ob die Interessen der Konzerne im Vordergrund stehen, oder ob man so wie ich Tag für Tag daran arbeitet, dass am Ende für die Beschäftigten in Europa ein Plus rauschaut.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die großen Herausforderungen für Europa? Und was können Sie als Abgeordnete bewirken?

Ich bin seit 2009 EU-Abgeordnete und kämpfe als Gewerkschafterin für ein echtes soziales Europa. Ich stelle mich ganz klar gegen die Rechten, die Europa zerstören wollen. Denn ich will, dass Europa weiterhin ein Beispiel für Demokratie und Menschenrechte in der Welt ist. Dazu gehört auch, dass wir uns verantwortlich fühlen, was auf der Welt passiert. Es ist mir ein Anliegen, dass wir den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken und gemeinsam den Klimawandel stoppen. Der vergangene extrem heiße Sommer hat uns gezeigt, dass ein Land wie Österreich alleine den drohenden Klimakollaps nicht verhindern kann. Da müssen wir gemeinsam als Union handeln. Außerdem ist der Kampf gegen den Klimawandel ein Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit. Die jungen Leute haben das erkannt und gehen auf die Straße. Da sind die Menschen oftmals schon weiter als die Politik.



BILD: © T. PEINTINGER

Immer wieder liest man, dass große internationale Konzerne kaum Steuern zahlen. Warum geht da so wenig weiter?

Ein Europa, in dem alle ihren Beitrag leisten – gerade die großen Konzerne – ist mir ein besonderes Anliegen. Dafür setze ich mich im EU-Parlament seit



Zur Person

Mag.^a Evelyn Regner

Mitglied des Europäischen Parlaments in der S&D-Fraktion und Delegationsleiterin der Europa-SPÖ.

Ausbildung

- 1984-1994: Universität Salzburg, Rechtswissenschaften; Mag.^a iur.
- 1994-1995: Gerichtsjahr in Wien
- 1996: Forschungsstipendium in Paris und Genf

Beruflicher Werdegang

- 1996-1999: Referentin für Sozialpolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)
- 1999-2008: Leiterin des Europa-büros des ÖGB in Brüssel
- 01/2009-07/2009: Leiterin der Stabsstelle EU und Internationales des ÖGB (seit August 2009 karenziert)

fast zehn Jahren ein, denn es muss endlich Schluss sein mit der „Wer macht's billiger?“-Mentalität. Wenn sich Konzerne aussuchen können, wo sie die niedrigsten Steuern, die billigsten Sozialabgaben und die schwächsten Arbeitnehmerrechte bekommen, geht das auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Uns entgehen unglaubliche 825 Milliarden Euro jährlich durch Steuerbetrug, in Österreich sind es 12,9 Milliarden Euro. Mit dem Geld könnten man viermal die Familienbeihilfe finanzieren. Das Schlimme daran ist ja, dass wir im EU-Parlament eine ganze Reihe von Gesetzen fix und fertig abgestimmt haben, die aber von den Mitgliedstaaten seit Jahren blockiert werden. Da muss es mehr Druck auf die Finanzminister, allen voran den österreichischen, geben!

Wien hat hervorragende kommunale Dienstleistungen von der Wasserversorgung bis zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wie kann man hier gegen Privatisierungen schützen?

Das ist für die WienerInnen ein ganz zentrales Thema. Bei der öffentlichen

Daseinsvorsorge sind wir immerhin europaweites Vorbild. Die Stadt Wien hat sich bewusst entschieden, Gemeindewohnungen nicht zu verkaufen und den öffentlichen Verkehr sowie die Wasser- und Müllversorgung selbst zu organisieren. Das waren rückblickend mutige wichtige Entscheidungen, denn in jenen Städten, wo die Wasserversorgung ausgelagert wurde, stiegen die Preise an. Auch Wohnen darf nie eine Frage des Investments sein, Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb müssen wir den Wiener Weg für leistbares Wohnen nach Brüssel bringen. Spekulationen mit Wohnraum gehört der Riegel vorgeschoben. Außerdem brauchen wir europaweite Kriterien für nachhaltige Investitionen. Maximal ein Viertel des Einkommens soll für die Miete

aufgewendet werden. Ich werde auch in Zukunft gegen Privatisierungsfantasien der EU-Kommission auftreten. Für mich steht fest: Der Schutz der Daseinsvorsorge ist nicht verhandelbar und muss Aufgabe der öffentlichen Hand sein.

Sie sind ja selbst Wienerin. Was geht Ihnen in Brüssel am meisten ab?

Wo soll man beginnen, was man an der lebenswertesten Stadt der Welt besonders schätzt? Glücklicherweise bin ich ja oft in Wien unterwegs. Egal wie dicht der Terminkalender ist, ein Besuch im Kaffeehaus muss drinnen sein. Die Melange schmeckt in Wien schließlich am besten!

 teamwork@fsg-hg1.at

„Ich will, dass Europa weiterhin ein Beispiel für Demokratie und Menschenrechte in der Welt ist.“

Aufsteigerinnen & Aufsteiger



BILD: © PID / CHRISTIAN JOBST

Mag. Martin Schipany

Abteilungsleiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien (MA 53)

Martin Schipany hat 2008 das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien abgeschlossen und ist mit Jänner 2009 in den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien eingetreten. Nach zweijähriger Pressesprecherstätigkeit im Ressort Stadtentwicklung und Verkehr wechselte er als Öffentlichkeitsarbeiter in den SP-Landtags- und Gemeinderatsklub. Mit Jänner 2013 übernahm er im PID zunächst die Leitung des Referats Stadttredaktion und wurde 2014 Fachbereichsleiter Stadtkommunikation. Von 2013 bis 2015 absolvierte er einen Postgraduate-Lehrgang mit dem Abschluss eines Master of Arts, Studienrichtung „International Media Innovation Management“, in Berlin. Seit Mai 2018 war Schipany Dienststellenleiter-Stellvertreter, Ende Jänner wurde er mit der Leitung des PID betraut.



BILD: © PID / WALTER SCHAUB-WALZER

Ing. Otto Eckl

Abteilungsleiter der MA 25 – der Prüfstelle für Wohnhäuser

Otto Eckl ist gelernter Maler- und Anstreichermeister, der über den zweiten Bildungsweg die Reifeprüfung ablegte und mit Jänner 1994 bei der MA 25 in den Dienst der Stadt Wien eingetreten ist. Seit Jänner 2005 war Eckl Leiter der MA 25 Gruppe Technische Ersatzmaßnahmen. Die Neubesetzung der Abteilungsleitung mit Jänner 2019 wurde mit der Bestellung des ehemaligen MA 25-Leiters, DI Bernhard Jarolim, zum Gruppenleiter des Kompetenzzentrums Bauforschung, Regulative Bau, Ingenieurservices, Normen im Geschäftsbereich Bauten und Technik im Sommer 2017 notwendig. Die interimistische Leitung der MA 25 oblag zwischenzeitlich DI Arthur Mannsbarth. Der Bestellung von Ing. Eckl ging ein internes Auswahlverfahren voraus, an dem sich sechs BewerberInnen beteiligten.



BILD: © PID/NOTAWA

Ing. Werner Nabicht

Abteilungsleiter der MA 01 - Wien Digital

Der 51-jährige ausgebildete Nachrichtenelektroniker Nabicht trat 1993 als Fachbeamter des technischen Dienstes in die Wiener Stadtverwaltung ein, und war seit jeher in der Datenverarbeitung und Infrastrukturverwaltung tätig. 2016 übernahm er die Leitung der IT des Krankenanstaltenverbands (KAV). Mit der Neugründung der MA 01 im Sommer 2018 wurde er Abteilungsleiterstellvertreter.

Schwerpunkte seiner anfänglichen Tätigkeit waren Netzwerk-Infrastruktur, Netzwerkplanung und -management, nach und nach verlagerten sich diese in den anwendungstechnischen Bereich (Applikationen, Programme, Software, etc.). Der Aufgabenbereich des künftigen Abteilungsleiters umfasst das Verwalten und Warten aller IT-Leistungen und Services, die Gewährleistung der Erfüllung von Sicherheitsstandards sowie das Entwickeln von innovativen Produkten. Auf dem Weg zur Digitalisierungshauptstadt sind ihm vor allem die State-of-the-Art-Digitalisierung der Wiener Stadtverwaltung und des Wiener Gesundheitsbereichs ein Anliegen.

„Ich wähle, weil ...“

„Ich gehe wählen, weil es mir wichtig ist, dass ArbeitnehmerInnen unterstützt werden! Und weil ich mein demokratisches Recht ausüben möchte.“



Iwona Hirschfeld
Kindergartenassistentin MA 10 -
Wiener Kindergärten

„Ich gehe zur Wahl, um eine starke sowie kompetente Vertretung zu unterstützen, die hinter jeder/m einzelnen von uns steht!“



Daniel Carhoun
Lebensmittelspektor MA 59 -
Marktservice & Lebensmittelsicherheit für den 12.-15. Bezirk

„Ich wähle FSG - weil Gleichberechtigung und Gleichstellung Voraussetzung für Zusammenhalt sind.“



Roman Amri
Mitarbeiter Standesamt Wien-Innere Stadt, MA 63 - Gewerberecht, Datenschutz und Personenstand

„Wenn ich nicht wähle, entscheiden andere! Die Personalvertretung ist die Stimme der ArbeitnehmerInnen; darum möchte ich entscheiden, wer mich vertritt.“



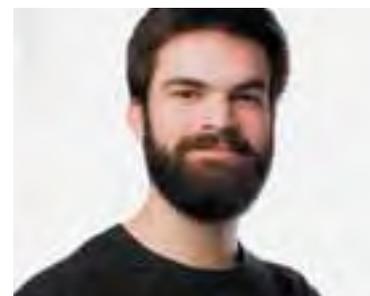
Michele Sautter
Mitarbeiterin MA 59 - Marktservice & Lebensmittelsicherheit

„Ich gehe wählen, weil unsere Zukunft davon abhängt, was wir heute tun! Deswegen nutze ich mein Recht, mitzuentscheiden.“



Raffaella Grünauer
Kanzleibedienstete MA 63 -
Standesamt

„Ich will nicht andere über mich entscheiden lassen. Darum ist es mir wichtig zu wählen - weil jede einzelne Stimme zu einer Veränderung beitragen kann.“



Stefan Seiser
Pädagoge MA 10 - Wiener Kindergärten

Stark durch Zusammenhalt - stark durch Gesetz

Nicht immer ist man mit allem einverstanden, was so am Arbeitsplatz passiert. Was kann man aber tun? Jammern, raunzen, motschkern ... Und sich und die anderen noch weiter demotivieren?

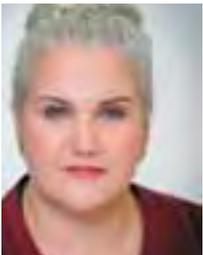


BILD: © PETRA SPOLJANGI

Marianne Klepac-Baur
 Vorsitzende PGA L
 für pädagogisches
 Personal der Stadt
 Wien

Man kann sich auch hinstellen und „Sauerei“ schreien, um damit ein paar schräge Blicke auf sich zu ziehen. Die Wirkung über das persönliche Umfeld hinaus bleibt aber fraglich. Was also tun?

Seit mehr als einem Jahrhundert organisieren sich Menschen, um gemeinsam ihre Anliegen durchzusetzen. Schon Hans A. Pestalozzi sagte Mitte des letzten Jahrhunderts: „Vereinigung ist das Mittel, alles zu können.“ Gute Arbeitsbedingungen, geregelte Arbeitszeiten, Anspruch auf Erholungsphasen und auf eine Entlohnung trotz Krankenstands waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch keine Selbstverständlichkeit. Erst durch den mutigen Einsatz einiger und den Zusammenschluss vieler engagierter Männer und Frauen war es möglich, eine „menschlichere Arbeitswelt“ für die ArbeitnehmerInnen zu erkämpfen. Jede Zeit hat ihre Themen, ihre eigenen Herausforderungen.

Es liegt an uns, für uns selbst aber auch für Nachkommende bereits Erreichtes zu sichern, aber auch zu erweitern. Errungenschaften sind eben nicht selbstverständlich – und ganz sicher keine Privilegien! Und gerade heute können wir es uns keinesfalls leisten, auf Bestehendem auszuruhen. Denn in letzter Zeit wurde besonders deutlich, wie schnell Gesetze geändert werden können.



BILD: © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK / STOCKASSO

Ja, es ist bequemer, die anderen machen zu lassen – aber wo ist der eigene Beitrag, was ist mit Solidarität und sozialem Gewissen? Gibt es nicht auch eine eigene Verantwortung? Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft bietet die Möglichkeit, Widerstand zu deklarieren, ohne gleich das Wort ergreifen zu müssen oder an „vorderster Front zu kämpfen“. Gleichzeitig wird aber auch die Plattform für aktiven Widerstand geboten.

Man kann es sich nicht leisten, EinzelkämpferIn zu sein!

Wir leben in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft. Einerseits wird von uns allen mehr verlangt und gleichzeitig treten SelbstdarstellerInnen weniger für die Sache als für sich selbst ein. Gerade jetzt ist der Einsatz FÜR etwas nötig. Dieses „FÜR“ macht den Unterschied: FÜR etwas einstehen! Dagegen sein und anderen den schwarzen Peter zuschieben ist leicht – sich für etwas einsetzen, etwas durchsetzen, etwas

„Gute Arbeitsbedingungen sind nicht selbstverständlich - und sie sind ganz sicher keine Privilegien!“



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / JIMPHOTO

umsetzen – braucht Stärke. Je mehr Menschen sich engagieren, desto stärker die gesamte Gruppe und desto geschützter die einzelne Person. Frei nach den vier Musketieren: Einer für alle – alle für einen!

Gewerkschaft und Personalvertretung sind wichtige Vertretungsinstrumente mit unterschiedlichen Aufgaben. Sie wirken besonders effektiv, wenn sie Hand in Hand arbeiten – und ergänzen sich wie zwei Seiten einer Medaille.

Was macht eigentlich die Personalvertretung?

Während sich die Gewerkschaft als gesellschafts-politische Kraft für „große“ Themenbereiche – wie z. B. Altersteilzeit – einsetzt, obliegt es der Personalvertretung in den Dienststellen, vor Ort konkrete Regelungen zu kontrollieren und die MitarbeiterInnen persönlich zu vertreten. Im Konfliktfall steht sie auf der Seite der DienstnehmerInnen und vertritt Kraft Gesetz deren Interessen gegenüber der Dienstgeberin. Außerdem laufen in der Personalvertretung alle Informationen über entscheidende Neuerungen oder Änderungen im Dienst-, Besoldungs- oder Pensionsrecht zusammen.

Die PersonalvertreterInnen sind bestens informiert und können darum eventuelle negative Auswirkungen für DienstnehmerInnen rasch erkennen, um geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Sie sind für alle KollegInnen da und unterstützen bei Bedarf auch jene, die kein Gewerkschaftsmitglied sind.

Für die KollegInnen im Einsatz

Die Personalvertretung hat die Macht des Gesetzes hinter sich, die Gewerkschaft die gebündelte Macht

der Mitglieder. Um das volle Leistungsspektrum anbieten und für die KollegInnen ausschöpfen zu können – von der Kontrollfunktion der Personalvertretung bis zur gestaltenden Kraft und dem Rechtsschutz der Gewerkschaft –, ist ein finanzieller Beitrag notwendig.

Die Personalvertretungsumlage (im Bereich der Hauptgruppe 1 derzeit 0,1 %) ist Teil Ihres Gehaltsabzugs. Der Gewerkschaftsbeitrag mit 1 % wird freiwillig für die Mitgliedschaft entrichtet.

Wählen & mitbestimmen

Personalvertretung und Gewerkschaft ergänzen und bedingen einander. Beide Medallenseiten fungieren wie unsichtbare Netze, die von vielen schon als selbstverständlich empfunden werden. Wie reißfest, sicher und verlässlich diese sind, hängt von uns allen ab. Indem wir alle unseren Beitrag leisten: indem wir uns engagieren, Mitglied sind, unsere Stimme erheben und diese bei den Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen Mitte Mai auch abgeben!

✉ marianne.klepac-baur@wien.gv.at

**„Sich für etwas einsetzen,
etwas durchsetzen, etwas
umsetzen – braucht Stärke.“**



Kultur - und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten
Rustenschacherallee 3 | 1020 Wien
t: 01 720 84 91
e: office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at

7. Dekathlon

Kommen Sie zum ultimativen Spiel- & Spaß-Frühlingsfest der Hauptgruppe 1. Es warten zehn Spiel-Stationen (Putten, Elfmeter, Reisball-Werfen, Würfeln, Tennis, Bogenschießen, Kegeln, Boccia, Billard und Krocket), die alle ohne körperliche Anstrengung oder Vorkenntnisse zu bewältigen sind. Gratis: Minigolf spielen und Hüpfburg für Kinder. Auch ein **Gewinnspiel** mit tollen Preisen wie z.B. Hotelaufenthalte, KSV-Restaurantgutscheine usw. wartet auf Sie.

Für das leibliche Wohl sorgt das Team des KSV-Restaurants - für die musikalische Unterhaltung die „7 Feet Blues Ramblers“ und „Undecided“, ab 16 Uhr die „ABBA 2YouShow“.

Der Unkosten-Beitrag wird wieder für den „**bright eyes**“-Fonds gesammelt und kommt einem guten Zweck zugute.

Wann: Samstag, 11. Mai - ab 10 Uhr
Wo: KSV | 2., Rustenschacherallee 3

2. HG 1 Kleinfeld-Fußballturnier

Zeitgleich findet am KSV-Platz auch wieder ein ganz besonderes Fußballturnier statt. Jedes Team besteht nur aus fünf FeldspielerInnen und einer/m Torfrau/mann. Das Turnier startet um 10 Uhr, bis 15 Uhr steht dann die siegreiche Mannschaft fest. Die offizielle Siegerehrung findet um 15.30 Uhr statt.

Wann: Samstag, 11. Mai - ab 10 Uhr
Wo: KSV | 2., Rustenschacherallee 3
Anmelde-Details: Mannschaftsname, Kontaktperson, Handynummer, Dienststelle
Anmeldeschluss: 7. Mai 2019, 12 Uhr
Anmeldung bei: michael.witzmann@wien.gv.at



BILD: © MICHAEL WITZMANN/HG 1

19. Business Run

Die HG 1 unterstützt auch heuer wieder finanziell die Teilnahme von 150 Teams beim Wien Energie Business Run. Ein Team besteht aus drei Personen, zu laufen sind 4,1 km. Gestartet (Blockstarts 19.15 bis 20.00 Uhr) wird in der Meiereistraße vor dem Ernst Happel Stadion, 1020 Wien.

Wann: Donnerstag, 5. September 2019
Anmeldung: www.hg1.at

FSG - Afterwork-Clubbing



BILD: © MICHAEL WITZMANN/HG 1

Gemütlich tratschen, ein Glas an der Bar trinken, tanzen - und vielleicht wieder einmal KollegInnen treffen, die man nicht jeden Tag sieht. Am 7. Mai lädt die FSG der Hauptgruppe 1 wieder in den Festsaal des Wiener Rathauses zum Afterwork-Clubbing. Für die musikalische Umrahmung sorgen „DJ Pepi“ und „Music 68“, auch für einen Imbiss wird gesorgt sein. Freuen Sie sich auf einen chilligen Abend, an dem auch einige Überraschungen und ein Gewinnspiel auf Sie warten!

Wann: Dienstag, 7. Mai - ab 16 Uhr
Wo: Festsaal im Rathaus
Eintritt frei!

Querraunzerin



Meinung

Was uns ausmacht

Zum 10. Mal wurde Wien vor kurzem von der internationalen Unternehmensberatungsagentur Mercer zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Ausschlaggebend seien Sicherheit, gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, hohe Wohnqualität, ausgezeichnete Krankenhäuser, gute Versorgung mit Kindergärten und Schulen. Hinter all dem stehen Menschen, die durch ihre tägliche Arbeit Wien zu dem machen, was es heute ist: eine der am besten verwalteten Städte der Welt.

Was macht uns aus? Es ist das kontinuierliche, beharrliche politische Bekenntnis zur Daseinsvorsorge. Heuer feiern wir 100 Jahre Rotes Wien. Ich bin fest davon überzeugt: Dort liegen die Wurzeln des Erfolgs! Das Rote Wien war ein unglaublicher Paradigmenwechsel, die „österreichische Sozialrevolution“. Auf Wikipedia habe ich folgenden Satz auf der Seite „Rotes Wien“ gefunden: Die Sozialdemokratie bildete „durch ihre Stellung in Wien einen Machtfaktor, der sich als Blockade gegen die uneingeschränkte Realisierung einer Politik zu Lasten der Lohnabhängigen [...] erwies, einen Gegenpol zur Politik der Christlich Sozialen Partei (CS), die damals in den anderen Bundesländern und auf Bundesebene regierte.“

Kommt euch das bekannt vor? Damals wie heute setzen wir uns in Wien für ein freies, unabhängiges, gutes Leben für alle Menschen ein. Soziale Inklusion, Empowerment! Wir sind eine Stadt, die niemanden zurücklässt. Gleich-

behandlung, Frauenförderung, Angebote für Bildung, für Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge. In Wien ist Wohnen eine öffentliche Aufgabe. Während viele Städte in den 1980ern und 1990ern ihren kommunalen Wohnbau verkauft haben, hat Wien neue Gemeindeförderung gebaut.

Die lebenswerteste Stadt der Welt stemmt sich aber auch heute konsequent und unermüdlich gegen rechte und neoliberale Kräfte. Diese verfolgen ein bereits überwundenes Menschenbild, das uns 100 Jahre zurückwerfen würde! Es würde gesellschaftliche Ausgrenzung und Spaltung als „natürlich“ erklären, und ein Weltbild hochhalten, in dem sich der Stärkere durchsetzt. Bestimmend für den „Wert eines Menschen“ seien Vermögen und Eigentum, Grund und Boden.

Ein schlimmes Szenario: Sozialer Wohnbau? Abgeschafft! ArbeitnehmerInnen-Rechte? Abgebaut! Frauenförderung? Fehlanzeige! Trinkwasser? Privatisiert! Ebenso privatisiert wären dann auch Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen. Sie würden dann Profite abwerfen (müssen). Ein Altraum!

Lassen wir uns unser soziales Wien nicht zerstören. Kämpfen wir dafür. Gehen wir unseren Weg unbeirrt weiter. Es ist ein Erfolgsweg!

Wilma

So schaut's aus

Offenbar verdankt die derzeit amtierende Koalitionsregierung ihre nahezu ungebrochene Beliebtheit im Volk sehr der Tatsache, dass die Beteiligten „nicht streiten“.

Verblüffender noch als die sich darin manifestierende Infantilität („Na geh, seid's nicht immer so... so politisch. Vertrag's euch!“) ist, wer von diesem Wunsch profitiert. Denn so erschöpfend und enervierend der tägliche, stumpf ritualisierte Wadlbeißer-Hickhack der dahingeschiedenen „großen“ Koalition zwischen ÖVP und SPÖ ohne Frage war, so sehr steht außer Zweifel, dass niemand hingebungsvoller und hinterfotziger als Sebastian Kurz dafür gesorgt hat, dass zunächst der von Kern und Mitterlehner versuchten Neustart im Kindbett – und bald darauf die Koalition selbst in der Komastation verstorben ist.



BILD: © INGO PETERMAYER

Aber jetzt streitet er nicht mehr und wird dafür geliebt. Und natürlich dafür, dass er sich mit dem Boulevard und der FPÖ darüber einig ist, dass DER AUSLÄNDER das einzig wirklich wichtige Problem der Gegenwart ist. Im Gegenzug bejubelt der Boulevard, von der „Krone“ abwärts, die Regierung in Regierungsinseraten und macht genau das, wofür er genutzt wird: lustvoll konsumierbare Dauerpanik erzeugen.

H. C. Strache, vorwiegend damit beschäftigt, zufrieden aus dem Leim zu gehen, überläßt es dem ihm sowohl an Intelligenz als auch genuiner Bösartigkeit überlegenen Herbert Kickl, unermüdlich auszutesten, wieviel Belastung der österreichische Rechtsstaat verträgt.

Das sich daneben zur Zeit praktisch ausschließlich die NEOS um erkennbare Oppositionsarbeit bemühen, während die Grünen weg sind, die JETZT'ler ruachln und die Sozialdemokratie, erschüttert von einer vollständig hausgemachten Niederlage, fast ausschließlich damit beschäftigt ist, sich (z. B. mit Irrsinnaktionen wie der Unterstützung der Kickl'schen Polizeistaats-Phantasien durch ein paar Bundesländer-Gockel) einer von Selbsthass und Desorientierung motivierten rituellen Selbstverstümmelung hinzugeben, läßt die Chancen auf Ablösung der derzeit amtierenden Koalitionsregierung nicht sonderlich rosig aussehen. Schade.

Thomas Maurer, Kabarettist
www.thomasmaurer.at